



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1/- Reichsmark Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zur Kritik der staatlichen Zwangsschlichtung

Die vorwiegend den Interessen der Unternehmer wohlgefällige Einführung des staatlichen Schlichtungswesens auf die verflochtenen Lohnbewegungen hat bewirkt, daß die Frage nach der Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung wiederum äußerst reger in Gewerkschaftskreisen erörtert wird. In allen Variationen — von der Forderung nach gänzlicher Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen (um diese handelt es sich wesentlich) bis zur Bescheidung mit mehr oder minder tiefgreifenden Reformen — liegen Stellungnahmen vor, deren energische Vertretung darauf schließen läßt, daß das Problem Gewerkschaften und staatliche Zwangsschlichtung vorläufig aktuell bleiben wird. Bei der eminenten Bedeutung, die durchweg gewerkschaftlichen Gesamtschiedsungen über derartige Probleme innewohnt, sind innere geistige Kämpfe ein geradezu unentbehrliches Mittel zur allseitigen und erschöpfenden Klärung der in Frage stehenden Probleme. Es liegt aus diesem Grunde kein Anlaß vor, die Verschiedenartigkeit der Stellungnahmen betrüblich zu finden. Allerdings wird bei der Debattierung der staatlichen Zwangsschlichtung allzuoft ein Gesichtspunkt übersehen, der schon deshalb Beachtung erfordert, weil sich vorläufig nur von ihm aus praktisches, gewerkschaftliches Handeln ableiten läßt. Dieser Gesichtspunkt ergibt sich aus der Frage nach der möglichen Verwirklichung der angestrebten Reformen bzw. der gänzlichen Abschaffung des Instituts der staatlichen Zwangsschlichtung.

Das praktische Handeln orientiert sich in hohem Maße an der Linie des Möglichen. Will es überhaupt gestalten wirksam sein, so muß es sich notgedrungen dazu verstehen, die Grenzen seiner Gestaltungsfähigkeit zu respektieren. Nicht auf ein Jota seiner Endziele leistet es dabei Verzicht. Wohl aber löst es — gerade um des vollen Erfolges willen — die Endziele in die durch Erwägungen der Vernunft jeweils gebotenen Teilsziele auf.

Es kann nicht behauptet werden, daß in der Kritik der staatlichen Zwangsschlichtung diese grundsätzliche Überlegung einen besonderen Rang eingenommen hat. Aus diesem unbefreitbaren Mangel erklärt sich leicht, weshalb sie teilweise in Stellungnahmen ausmündete, die infolge ihrer erstaunlichen Verkennung des Wirklichen von vornherein aus jeder ersten Besprechung ausscheiden müssen. Beschränken wir uns darum im folgenden auf die Ausführung der wichtigsten Vorschläge, die im Zusammenhang mit den Reformbestrebungen der staatlichen Zwangsschlichtung aufgestellt wurden. Ohne ihre grundsätzliche Richtigkeit zu untersuchen, sollen sie hier nur in bezug auf ihre praktische Durchführbarkeit geprüft werden, wobei sich jedoch herausstellen wird, daß einige von ihnen wegen ihrer praktischen Undurchführbarkeit ad acta zu legen sind.

Erster Vorschlag: Die staatliche Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen wird durch Streiks ignoriert und dadurch wirkungslos gemacht.

Zweiter Vorschlag: Die staatliche Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsprüches ist nur dann zulässig, wenn sie von Gewerkschaftsseite beantragt wird.

Dritter Vorschlag: Es ist unzulässig, Schiedsprüche für verbindlich zu erklären.

Vierter Vorschlag: Die Schlichtungsbehörden sollen bessere Schiedsprüche zugunsten der Arbeitnehmer und legen sich in der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen größte Beschränkung auf.

Der erste Vorschlag geht von der Voraussetzung aus, es müsse möglich sein, durch Streiks eine praktische Wirkungsfähigkeit von Zwangsschiedsprüchen zu erreichen. Eine Stellungnahme zu ihm erfordert unbedingte Klarheit darüber, daß es sich bei derartigen Streiks nur um sogenannte „milde“ handeln kann. Die Gewerkschaften bzw. ihre verantwortlichen Organe dürfen solche Streiks weder veranlassen, organisieren, finanzieren, noch sonstwie fördernd beeinflussen, weil die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsprüches sie trotz ihrer mangeltenden Einwilligung in einen Zustand tarifvertraglicher Gebundenheit versetzt. Darüber hinaus findet sie sogar durch diese tarifvertragliche Gebundenheit

der sogenannten Einwirkungspflicht aus dem obligatorischen Inhalt des Tarifvertrages verpflichtet. milde Streiks ihrer Mitglieder nach Möglichkeit zu unterbinden. Verstoßen sie irgendwie gegen diese Verpflichtungen, so hafet das gesamte Verbandsvermögen und das Privatvermögen der verantwortlichen Funktionäre für die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche der sich geschädigt fühlenden Unternehmer. Solche Schadenersatzansprüche sind in jedem Falle sicher zu erwarten. Bei der unumgänglichen Publizität aller wichtigen Gewerkschaftsmaßnahmen, der öffentlichen Vermögensausweise der Gewerkschaften und der scharfen Rechtspredigung der in Frage kommenden Gerichte erscheint es von vornherein als aussichtslos, eine Umgehung dieser gesetzlich-vertraglichen Verpflichtungen zu versuchen; eine Feststellung, die durch die bisherigen Erfahrungen vollaus bestätigt wird. Es kann sich also nur um tatsächlich „milde“ Streiks handeln, die aber erfahrungsmäßig mit ungemein niederschmetternden Resultaten endigen. Jeder wilde Streik bedeutet des ferneren eine schwere Mißfaktierung der Tariffähigkeit der für die betroffenen Branchen zuständigen Gewerkschaften; eine Folge, deren Bedeutung im Zeitalter der Tarifverträge nicht unterschätzt werden darf. Die minimalen taktischen und eigentlichen Erfolgsmöglichkeiten wider Streiks können nicht entfernt die schweren Schädigungen aufwiegen, welchen die Gewerkschaftsbewegung bei einer Einführung des wilden Streiks als normales Kampfmittel ausgekehrt wäre. Gerade in der organisierten Führung ihrer Kämpfe mit dem Unternehmertum liegt die Stärke der gewerkschaftlichen Arbeiterkraft. Wollte sie darauf verzichten, indem sie sich ihrer Pflichten zur Organisierung und Kontrolle der wirtschaftlich notwendigen Kämpfe begäbe, sie begäbe verhängnisvollen Selbstmord. Der wilde Streik ist im Zeitalter der organisierten Aktionen ein Anachronismus und als Spezialmittel zur Beseitigung der unzulänglichen Mängel des gegenwärtigen Zwangsschlichtungssystems für die Gewerkschaften in jeder Beziehung untragbar. Der zweite Vorschlag bewegt sich durchaus auf dem Boden positiver gesetzlicher Reformen und berührt in seinem Ziele ungemein ansprechend. Befolgt man indes die durchgängig ungenügende Art seiner Begründung, so wird sofort verständlich, weshalb er nur einen verhältnismäßig schwachen Widerhall in der Gewerkschaftspresse und -debatte gefunden hat. Er ignoriert in sehr naher Weise das Gewordensein, die tatsächliche soziale Funktion, das Grundprinzip des staatlichen Schlichtungswesens sowie die gegebenen Machtverhältnisse, die vorerst für seine eventuellen Reformen entscheidend sind. Eine kurze Gegenüberstellung des Schlichtungswesens zu einem anderen Gebiet des Arbeitsrechts wird hier den wesentlichsten Gesichtspunkt verdeutlichen. Soweit es sich im Arbeitsrecht um Arbeiterschutzesgesetzgebung (Arbeiterschutz, Arbeitslosenversicherung; Arbeitszeitregelung usw.) handelt, geht diese aus von der schwächeren, wirtschaftlichen Position des einzelnen Arbeitnehmers gegenüber der überlegenen wirtschaftlichen Stellung des Arbeitgebers. In positivist geltenden gesetzlichen Normen legt sie dem einzelnen Arbeitgeber kraft Gesetzes bestimmte Verpflichtungen auf bzw. verleiht sie dem einzelnen Arbeitnehmer bestimmte Mindestrechte. Sie wendet sich an Einzelpersonen zu dem Zweck, der Einzelperson Arbeitnehmer einen bestimmten Schutz gegenüber seinem wirtschaftlich mächtigeren Widerpart zu gewähren.

Auf einer grundsätzlich andersgearteten Ebene liegt das staatliche Schlichtungswesen. Es hat zur Voraussetzung die Existenz wirtschaftlicher Organisationen (nur Schlichtung von Gesamtschlichtungen), bei denen im Sinne des Gesetzes eine ungleiche Machtverteilung prinzipiell nicht angenommen wird, bzw. für die Schlichtungsbehörden nicht existieren soll. Nicht Schlichtung dieser oder jener Partei ist hier die Aufgabe, sondern Schlichtung von Gesamtschlichtungen bei „gerechter Abwägung der Interessen beider Teile“ im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Das Wesen insbesondere der staatlichen Zwangsschlichtung läßt sich nur verstehen aus dem beherrschenden Prinzip der

Schlichtungsverordnungen: Sicherung eines möglichst ungestörten Wirtschaftsablaufes durch Verhinderung bzw. Beilegung folgenreicher wirtschaftlicher Kämpfe zwischen den sozialen Gegenspielern. Wo ein Rechtszustand fehlt und die mächtigen Gegner, um ihn zu schaffen, sich zum Kampfe stellen, der das Gefüge der Wirtschaft und Gesellschaft zu erschüttern droht, da will der Staat durch seinen Schiedspruch vermittelnd durch seine Verbindlichkeitserklärung verhängend eingreifen. Verlangt nun der zur Erörterung stehende Vorschlag ein Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen durch den Staat nur auf Verlangen der Gewerkschaften, so läuft diese Forderung darauf hinaus, den Staat in dieser ungeheuer wichtigen Materie zu einseitiger Bundesgenossenschaft zu verpflichten. Das ist eine politische Machtfrage allerersten Ranges. Sie lenkt unseren Blick auf die Beschaffenheit der gegenwärtigen und voraussetzlichen Machtverhältnisse in der Gesellschaft. Gerade für sie ist das gesetzliche Institut der staatlichen Schlichtung ein aufschlußreiches Symptom. In präziser Formelhaftigkeit ist in ihm eine gewisse Unentschiedenheit der sozialen Machtverhältnisse zusammengefaßt. Bei der gegenwärtigen politischen Konstellation ist eine Verwirklichung dieses Vorschlages als ausgeschlossen zu betrachten, weil das gesamte politische System rechts von der Sozialdemokratie mit größter Geschlossenheit und Unnachgiebigkeit erbitterten Widerstand leisten würde. Ihn schon jetzt brechen zu können ist eine Ansicht, zu der nur Unerfahrenheit oder Demagogie verleiten. Ob sich bei einer entsprechenden Veränderung der Machtverhältnisse überhaupt noch einmal die Notwendigkeit ergeben wird, diesen Vorschlag zu erörtern, bleibe vorerst dahingestellt. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß in dem Moment, wo die Arbeiterbewegung mächtig genug ist, ihn zu verwirklichen, die ganze Schlichtungsangelegenheit gegenstandslos geworden ist. Bis dahin müssen zunächst einmal noch einige Forts auf der anderen Front in Trümmern gelegt werden.

Ungemein umfangreich ist die Zahl der Anhänger des dritten Vorschlages, der die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen durch den Staat gänzlich abgeschafft sehen will. Da sich die vorliegende Betrachtung nur auf die Erörterung der Durchführbarkeit der angeführten Vorschläge beschränkt, muß sie sich ein Eingehen auf die vielumstrittene Frage der Zweckmäßigkeit dieses Vorschlages konsequenterweise verlagern. Auch bei ihm handelt es sich um eine politische Entscheidung erster Ordnung. Entscheidend für sein vorläufiges Schicksal ist die Haltung der parlamentarischen Mittelparteien, insbesondere des Zentrums. Das Zentrum (auch die Demokraten) steht einer Abschaffung der staatlichen Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen durchaus ablehnend gegenüber. Würde vielleicht ein Zusammengehen von rechts und links in dieser speziellen Frage eine Reform des Schlichtungswesens im Sinne des erwähnten Vorschlages ermöglichen? Bekanntlich sind auch in den Kreisen der Rechtsparteien Stimmen vernehmbar, die die Beseitigung der staatlichen Zwangsschlichtung befürworten. Es ist demgegenüber zunächst einmal notwendig, mit aller Eindeutigkeit festzustellen, daß die in der Definitivität aus taktischen Gründen vorgegebene Gegnerschaft der Rechtsparteien gegenüber der staatlichen Zwangsschlichtung in der Epoche des Bürgerkriegs durchaus unehrlich gemeint war. Im Ernstfalle würde sie in ihr direktes Gegenteil umgeschlagen sein. Es ist allerdings eine Situation denkbar, in der die Rechtsparteien es mit dieser ihrer Gegnerschaft bitter ernst nehmen würden. Die Gewerkschaften könnten in diesem Falle nichts Besseres unternehmen, als das Objekt des Kampfes mit allem Nachdruck zu verteidigen. Doch davon im folgenden: Weshalb ist die Haltung des Zentrums in diesem Zusammenhang als entscheidend bezeichnet worden? Die eigenartige Konstellation des Parlaments räumt ihm die bedeutungsvolle Macht ein, in den Fragen der parlamentarischen Politik das bestimmendste Wort zu sprechen. Als das „Zünglein an der Waage“ ist ihm faktisch die Entscheidung über die Art der Regierungsbildung gegeben. Daraus erklärt sich der ungeheure Einfluß, den das Zentrum auf die Richtlinien der Regierungspolitik auszuüben in der

Lage ist. Nach welcher Seite hin, ob nach rechts oder links, das Zentrum sich zu einer Regierungsbildung entscheiden würde, in keinem Falle würde es seinen Koalitionshabern gelassen, im Parlament die Aufhebung der staatlichen Zwangsschlichtung zu beantragen. Angenommen, im kommenden Reichstag würde eine Regierung der Weimarer oder großen Koalition gebildet; also mit Einschluß der Sozialdemokratie. Angenommen ferner, die Sozialdemokratie verlangte — was wenig wahrscheinlich wäre — die Aufhebung der staatlichen Zwangsschlichtung, so würde das Zentrum einen solchen Antrag mit der Sprengung der Koalition oder mit Anträgen auf schwerwiegende Konzessionen beantworten. Beides schaltet aus einer vernünftigen Politik grundsätzliche aus. Die großen Linien sozialdemokratischer Politik dürfen durch diese Einzelfrage, deren große Bedeutung dennoch gegenüber dem Gesamtkomplex der politischen Linie arg verblaßt, nicht zerstückt werden. Aller Voraussicht nach gäbe es nur eine Konzession, die das Zentrum als Äquivalent für den Verzicht auf seine Verteidigungsrolle akzeptieren würde: Zustimmung der Sozialdemokratie zu einer Neuaufgabe des gealterten Schulgesetzes. Sprechen wir nicht darüber.

Die gegenwärtige Kritik der staatlichen Zwangsschlichtung resultiert fast ausschließlich aus der mißbräuchlichen Handhabung dieser Einrichtung durch die vertratete Bürgerblockregierung. Grundständige soziologische Untersuchungen, auf die sich der Ruf nach Beilegung dieser Einrichtung gründen könnte, liegen unseres Wissens nicht vor. Er erhielt seine ursprünglichen und fortläufigen Antriebe vielmehr aus der Ueberlegung: zwiß der Eingriffe; untragbare Bevorzugung von privatkapitalistischen Profitinteressen. Wie konnte man aber auch in der Periode des Weimarerblocks überhaupt etwas anderes erwarten? Der Beweis dafür, daß diese unerfreulichen Auswirkungen mit der staatlichen Schlichtungspolitik im ganzen untrennbar verbunden sein müssen, steht noch aus und dürfte schwerlich zu führen sein. Es ist kein Zufall, daß Hilferding auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Kiel in zugehöriger Formulierung den Lohn als eine politische Größe bezeichnete. Gerade die staatliche Schlichtungspolitik beweist, in welchem eminenten Maße die Lohnkämpfe in Bezug auf Verlauf und Resultate von der politischen Sphäre der Gesellschaft her beeinflusst werden. Insbesondere die zurückliegende Periode war hierfür ungemein charakteristisch.

Im Reichsarbeitsministerium laufen die Fäden der regionalen und zentralen staatlichen Schlichtungspolitik zusammen. Die Zusammensetzung der Regierungskoalition — ein ausschließlicher Ausdruck der parlamentarischen Machtgruppierung — bestimmt den verantwortlichen Minister dieses Ressorts und über den engen Rahmen seiner Selbstständigkeit hinaus die allgemeine Richtung der staatlichen Schlichtungspolitik. Erklärt diese Feststellung zu ihrem Teile die unternehmerfreundliche, staatliche Schlichtungspolitik der Bürgerblockregierung, so darf sie vor der Folgerung nicht haltmachen, daß sich das Bild von gestern wesentlich verändert, würde diese Steuerungsstelle entweder einem sozialdemokratischen Minister überantwortet oder dem Einflüsse einer regierungsbeteiligten Sozialdemokratie unterworfen. (In dem Moment, wo sich die Folgen einer solchen Konstellation in der staatlichen Schlichtungspolitik auswirken, würde auch die vorher erwähnte Scheingegnerchaft der Rechtsparteien in eine wirklich ernst aufgefaßte umschlagen.) Auf dieser Ueberlegung fußt der vierte der angeführten Vorschläge. Seine konsequente, gedankliche Weiterführung enthält eine gewisse Verpflichtung der Sozialdemokratie zur Teilnahme an der bevorstehenden Regierungsbildung, denn es ist selbstverständlich, daß sich ihr Einfluß auf die staatliche Schlichtungspolitik um so sicherer und

weitgehender auswirken kann, je aufmerksamer ihr Wort in der Regierung gehört werden muß. So sehr aus diesem Grunde eine Teilnahme der Sozialdemokratie an der kommenden Regierung wünschenswert erscheint, gilt auch hier, daß ihre Entscheidung nur von ihrer politischen Gesamtlage abhängig gemacht werden kann, die allerdings unseres Erachtens eine Regierungsteilnahme bedingt.

Es hat wenig Sinn, sich über die voraussichtlichen sozialdemokratischen Erfolge in Bezug auf die staatliche Schlichtungspolitik überspannten Erwartungen hinzugeben. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien bedeuten notwendig Kompromisse und die Wirtschaft ist ein für nur mangelhaft bestimmte Experimente wenig geeignetes Objekt. Eine nüchterne Beurteilung läßt darum un schwer Grenzen politischer und wirtschaftlicher Art erkennen. Dennoch bieten der gegenwärtige Wirtschaftszustand und die glänzend getragene Position der Sozialdemokratie für eine erkennbare Beeinflussung der staatlichen Schlichtungspolitik in der Richtung des letzten Vorschlages ertreuliche Aussichten. Werden die vorhandenen Chancen nachdrücklich wahrgenommen, so dürfte an einer allmählichen Ueberwälzung der erklärlichen Abneigung gegen die staatliche Zwangsschlichtung von links nach rechts kaum noch zu zweifeln sein; ein Vorgang, den wir mit größter Gelassenheit und angenehmer Genugtuung beobachten würden. Wiederholen wir: der letzte Vorschlag will die Verbindlichkeitserklärung von Schlichtungsprüchen auf das Maß des unbedingt Erforderlichen beschränken. Sein Ziel ist ferner eine staatliche Schlichtungspolitik, die den Forderungen der Arbeitnehmer soweit als möglich entgegenkommt. Unter Verzicht auf eine verschwenderische Keßlame für unrealisierbare gesetzliche Reformen weist er damit die Aktivität der sozialistischen Arbeiterorganisationen auf das Gebiet praktischer Gestaltungsarbeit, auf dem allein Erfolge winken. Zudem: dem Gegner eine Waffe entreißen bedeutet sehr viel; ihn nun damit schlagen noch mehr. D. Herrmann, Frankfurt a. M.

Die günstige Lage der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie.

Die größte deutsche Zellstoffabrik, Waldhof in Mannheim, hat vor kurzem ihren Geschäftsbericht und ihre Bilanz veröffentlicht. Der Geschäftsbericht ist wie bei den meisten Unternehmungen nichts sagend. Es wird nicht einmal die Größe der Erzeugung mitgeteilt. Aus dem vorjährigen Prospekt des Unternehmens ging hervor, daß es 1926 268 000 Tonnen Zellstoff und 94 000 Tonnen Papier herstellte. Im Jahre 1927 erreichte die deutsche Zellstoffproduktion 982 000 Tonnen, die Gesamtzeugung von Papier 2,01 Millionen Tonnen.

An der erheblichen Steigerung gegenüber 1926 hatte Waldhof ohne Zweifel einen recht erheblichen Anteil. Bezeichnend ist, daß trotz Steigerung der Produktion und des Umlages die Unkosten des Unternehmens gegenüber 1926 nicht nur relativ, sondern auch absolut gesunken sind. Wie aus seiner Bilanz hervorgeht, betragen die Unkosten, Löhne, Gehälter, Gewinnanteil usw. 1927 10,84 Millionen gegen 10,97 Millionen 1926. Die Ursache der Unkostenverminderung ist ohne Zweifel der Rückgang des Lohnanteils. Infolge der in großem Maßstab durchgeführten Rationalisierung durch Einführung von arbeitsparenden Maschinen kann heute die gleiche Produktion mit einer erheblich verminderten Belegschaft hergestellt werden.

Das Waldhof-Unternehmen verteilt eine Dividende von 12 Proz., wie auch sonst die Zellstoff- und Papierindustrie zu den Industriegewerkschaften gehören, die die größten Dividenden verteilen. Sie wurden dies-

bezüglich allein von den Unternehmungen im Braunkohlen- und Kalibergbau wie den Brauereien übertroffen. Die wirklich erzielten Gewinne dürften jedoch in der Papierindustrie nicht niedriger sein als in den oben erwähnten Industrien, weil gegenwärtig in der Papierindustrie ein verhältnismäßig größerer Teil der Gewinne für Rationalisierungszwecke verwendet wird, als etwa in der Kalibergbau- und den Brauereien, wo der Rationalisierungsprozeß bereits früher durchgeführt wurde. Die Abschreibungen der Zellstoffabrik Waldhof betragen für 1927 3,15 Millionen Mark gegenüber 2,67 Millionen, ebensoviele als der ausgewiesene Reingewinn.

Der Geschäftsbericht des „Waldhof“ verschweigt die größten Ereignisse des abgelaufenen Jahres in der Papierindustrie: die Schaffung des deutschen Zellstoffartells und die Anbahnung wichtiger internationaler Vereinbarungen. Nachdem für Druckpapier bereits seit langer Zeit ein festgesetztes Kartell mit gemeinsamem Verkauf bestand und auch für die einzelnen Papierarten zahlreiche Preisverhandlungen — für vierzig Papierarten je eine — vorhanden sind, wurde kürzlich auch ein Kartell für Sulphitzellstoff gegründet. Der Sulphitzellstoff aus dem die nicht seinen Papierorten hergestellt werden, ist das wichtigste Zellstoffprodukt, und machte 1927 85 Proz. der deutschen Zellstoffzeugung aus. Die Kartellgründung erfolgte aus der Erfolge des deutschen Marktes infolge des schwedischen Großstreiks hin. Somit war das Kartell nicht ein Kind der Not, wie so manche anderen Kartelle, sondern das Erzeugnis der Konjunktur. Das Kartell, das sowohl die Preise festsetzt wie auch den Produktionsumfang bestimmt, hat seine Tätigkeit wie üblich mit einer Preissteigerung begonnen.

Die Konkurrenz des ausländischen Zellstoffs war auf dem Inlandsmarkt, wo der deutsche Zellstoff einen erheblichen Vorkauf genießt, nicht bedeutend. Nur aus der Tschechoslowakei, Finnland und Schweden wurden relativ geringe Mengen Zellstoff eingeführt. Doch ist die deutsche Zellstoffindustrie bemüht, auch diese Einfuhr fernzuhalten. Mit der tschechoslowakischen Industrie, die im vorigen Jahr die größte Menge, d. i. 34 000 Tonnen nach Deutschland ausfuhrte, ist bereits eine Einmachung zustande gekommen. Sie darf künftighin nicht mehr als 30 000 Tonnen im Jahr auf dem deutschen Markt ablegen, wofür ihr das Kartell auf Kosten der deutschen Verbraucher einen höheren Preis zugesichert hat. Mit den finnischen und schwedischen Produzenten werden noch Verhandlungen geführt. Norwegen dürfte sich einem internationalen Kartell ohne Zweifel anschließen. So ist die Schaffung des europäischen Zellstoff- und Papierartells in erreichbarer Nähe gerückt. Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten und Kanadas kommt wegen der hohen Frachtkosten nicht in Frage. Das nationale und internationale Kartell werden dafür sorgen, daß die Papierpreise auch während der Periode der abflauenden Konjunktur hoch bleiben. Der infolge des Konjunkturrückgangs zu erwartende Absatzrückgang des Papiers wird sich unter der Kartellherrschaft nicht in Preisreduzierungen auswirken. Das aber wird die bereits durch die Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise wie der Frachten gedrohte Konjunktur weiter ungünstig beeinflussen.

Wie sich die Industrie selbst zu finanzieren vermag.

Deutschland hat einen hohen Kapitalbedarf. Das liegt daran, daß die deutsche Wirtschaft sich in einer leidlichen Geschäftslage befindet und sich umstellen muß. In der Vorkriegszeit wurde dieser Kapitalbedarf

Im großen Wettbewerb.

2.

Als Konacher am andern Abend wieder müde und entmutigt von vergeblichen Wegen nach Hause kam, stand er lange Zeit vor dem Plakat und betrachtete es kritisch, dann entschloß er sich, lieber nichts mehr zu ändern; es schien ihm ganz gut, wie es war. Dem Zimmernachbar wollte er es einmal zeigen, darum ging er in die Nebenstube, wo der Photograph fröhlich pfeifend in allerhand Rissen und Schatteln frantete.

„Ach räume auf!“, erklärte er dem Waler seine Tätigkeit. „Das sind lauter Chemikalien für die Photographie, da — Entwickler, Silberbäder, alles da.“

Konacher griff nach einem kleinen Päckchen, das auf gelbem Papierumschlag das Wort „Vorsicht“ und einen Totenkopf zeigte: „Und das hier?“

„Das ist Zyanfali, sagte der Photograph, wir brauchen es auch; ich war mal kurze Zeit selbstständig, daher habe ich den ganzen Kram noch.“

Er nahm ihm das Päckchen aus der Hand, legte es in die Kiste unter ein paar Beutel und Flaschen und schob das ganze mit dem Fuß unter das Bett.

„Lassen Sie das so rumstehen?“ fragte Konacher.

„Na, nachher wird schon niemand davon, wer sollte hier ranfommen?“

„Wie Sie denken! — Wollen Sie mal in meine Stube kommen, ich möchte Ihnen eine neue Arbeit zeigen.“

Der andere ging bereitwillig mit und überste seinen Beifall so herzlich, daß Konachers Gemüt, das durch den verlorenen Tag wieder niedergedrückt war, an seiner ehrlichen Bewunderung neuen Mut faßte und er dachte: Vielleicht — vielleicht verdiane ich ein bißchen Geld damit.

Langsam vergingen die Tage; jeden Morgen nahm der junge Waler seine Wappe unter den Arm und kletterte über die schmalen Treppen der großen Fabrikhäuser, die von den Eischen der schweren Maschinen liehe surrten und zitterten, jeden Tag breitete er mit immer müder werdenden Händen seine Zeichnungen vor verständnislosen und gleichgültigen Menschen aus und hielt sich wohl selbst gewundert, wenn er einen Lustrag erhalten hätte, so wenig glaubte er mehr an einen Erfolg.

Die Abende sah er in dumpfer Starrheit am Fenster: Brot wagte er nicht mehr zu holen, seit ihm neulich die Wädersfrau, die gerade schlechter Laune gewesen sein mochte, gesagt hatte: „Wenn wir wat kooßen, dür'n wir och nich unsa Rotmomaal oafessen!“

Da war er mit dem Brot darongegangen und hatte ein Gefühl, als ob er es gestohlen hätte.

Das Brot war längst alle; er wunderte sich, daß er von dem dünnen Morgenkaffee und dem kleinen Brötchen Kraft genug hatte für die harten Wege des Tages. Er stand schwerfällig und taumelnd auf und trant Wasser, das dämpfte wenigstens für den Augenblick das elende, quälende Hungergefühl.

Er spürte, daß es so nicht weiter ging. Selbst wenn er nun einen Auftrag auszuführen gehabt hätte, wäre er dazu nicht imstande gewesen; wie das eintönige, stumpfe Rollen eines Wagens gingen in seinem Kopf die Worte um: Ich bin doch so hungria, und ich habe nichts zu essen.

Und plötzlich legte er das Gesicht in die Hände und weinte — weinte, wie nur ein Mensch weinen kann aus tiefster Verzweiflung und Qual.

Dann wurden seine Gedanken ruhiger; er dachte nach: Er hatte keinen Verwandten und niemanden, der ihm helfen konnte, er konnte die Tage zählen, da ihn seine Füße noch über die Straßen trugen; und er fürchtete sich, einmal vor Hunger und Schwäche auf der Straße umfallen zu müssen.

Nein, das wollte er nicht, ehe er mit lebenden Augen verhungerte, lieber wollte er rald ein Ende machen. War das so sehr schlimm, das — Ende? — — War das etwa besser, das treulose Suchen und Wäulen ohne Erfolg, das ihm nicht einmal sein armelloses bißchen Essen schaffte? Es mußte schön sein, ganz ruhig liegen zu dürfen und nicht weinen zu müssen vor Hunger und vor Sorgen um den nächsten Tag.

Aber wie ein Ende machen? — Pößlich fiel ihm ein Wort ein: „Vorsicht, Gift“ — richtig, das hatte ja auf dem roten Päckchen gestanden, bei dem Photographen nebenan; das Zyanfali war leicht für ihn zu erreichen.

Er war aufgestanden und erregt in der schmalen Stube hin und her gegangen, jetzt setzte er sich nieder und sann weiter.

Ein paar Tage konnte er es wohl noch aushalten und warten, dann mußte ja die Entscheidung bei dem Preisauschreiben fallen, vielleicht war da eine kleine Hoffnung! — Und an diesem jämmerlich dünnen Faden hielt sich sein müdes, erschöpftes Leben in den kommenden Tagen.

3.

Am dem Abend des Tages, der die Entscheidung gebracht hatte, eilte er in das Kontor der Brauerei und fragte beiseiten, ob man ihm das Resultat des Wettbewerbs mitteilen könnte. Ein Angestellter ging in einen Nebenraum und kam nach langen Minuten des Wartens wieder zu ihm, eine große Rolle in der Hand, die seinen Namen trug.

„Sind Sie Herr Titus — Titus Konacher selber?“ fragte er; der andere nickte mit dem Kopf, sprechen konnte er nicht.

„So, bitte, hier ist Ihre Einblendung, es sind so viele eingelaufen, daß ich sie erst herausuchen mußte, wollen Sie den Empfang bestätigen?“ Er hielt ihm ein Stück Papier hin, auf das Titus Konacher seinen Namen schrieb; dann konnte er gehen.

In einem dumpfen, leeren Geschäft ging er nach Hause; dort setzte er sich nach seiner Gewohnheit an das Fenster.

glatt vom Inlandsmarkt gedeckt Dies ist jetzt nicht mehr möglich, weil der inländische Kapitalmarkt durch Krieg und Inflation geschwächt wurde. Aber daß er so stark ist, 1/2 bis 3/4 des inländischen Kapitalbedarfs zu befriedigen, hätte selbst der kühnste Optimist vor einigen Jahren noch für unmöglich gehalten. In der Tat ist es so. Wir würden ohne Reparationsbelastung heute auf die Kapitalhilfe des Auslandes verzichten können. Es betrug, um nur die statistisch faßbaren Hauptposten herauszugreifen:

aus dem Auslande:

in Millionen Reichsmark
Sehr 1927 1. Quartal 1927

Kapitalbeschaffung in Form von
Auslandsanleihen 1570 350

aus dem Inlande:

Kapitalbeschaffung in Form von
Inlandsanleihen 1000 410
Kapitalbeschaffung in Aktienform 1200 180
Kapitalbeschaffung in Pfandbrief-
form 1150 480
Zunahme der Sparkasseneinlagen 1580 820
Zunahme der Kreditoren von
Berliner Großbanken 1560 340

Der Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft, dem wir diese Zusammenstellung entnehmen, bemerkt hierzu: „Selbstverständlich kann man die verschiedenen Posten der inländischen Kapitalbeschaffung nicht ohne weiteres aufaddieren. Wir kennen den Anteil der Sparkasseneinlagen an der Zeichnung von Inlandsanleihen ebensowenig wie den des Auslandes an der Zeichnung auf deutsche Anleihen und Aktienemissionen und an der Erhöhung der Bankkreditoren. Ebenfalls erschöpft sich aber in diesen Ziffern, die nur die über den Kapitalmarkt gegangenen bzw. bei den Geldinstituten angesammelten Summen wiedergeben, nicht die gesamte Kapitalbildung. Es kommt die Ansammlung von Ueberübersüssen in der Hand der wirtschaftlichen Unternehmungen selber hinzu, die zahlreiche Betriebe in die Lage versetzt, sich ohne Inanspruchnahme des Kapital- und Geldmarktes selber zu finanzieren. Ein Teil der erzielten Gewinne bleibt unausgewiesen als arbeitendes Kapital im Betriebe oder wird in Vergrößerungen oder Verbesserungen der Erzeugungsanlagen investiert. Diese sogenannte Selbstfinanzierung, die an sich kein neuartiger Vorgang ist, hat in manchen Industriezweigen sehr erheblich zur Erhaltung des Auftragsbestandes beigetragen.“

Wir registrieren gern das Eingeständnis von maßgebender Seite, daß die deutsche Wirtschaft sich in einer so guten Lage befindet, solche Leistungen zu vollbringen. Wenn auch ein einfaches Zusammenziehen der obigen Posten nicht möglich ist, so ist es aber doch interessant, die Entwicklung des Kapitalmarktes im ersten Vierteljahr dieses Jahres zu beobachten. Nach den obigen Aufstellungen beträgt die Kapitalbildung im ersten Vierteljahr dieses Jahres 2,23 Milliarden Mark. Geht die Entwicklung so weiter, so haben wir für die oben angezogenen Hauptposten mit einer Kapitalüberförderung von rund 9 Milliarden Mark in diesem Jahre zu rechnen. Damit würde die vorjährige Kapitalbildung um mehr als ein Drittel überschritten. Wir bringen diese Gegenüberstellung deshalb, weil wir in Verhandlungen mit Unternehmern und auch in Zeitungsartikeln des öfteren die Meinung hörten, daß es unmöglich sei, die eigene Kapitalbildung fortzusetzen, weil die Löhne eine so außerordentliche Steigerung erfahren hätten. Wie die Wirklichkeit zeigt, sieht es wesentlich anders aus.

Freigewerkschaftliches Jugendtreffen in Hamburg am 1. und 2. September 1928.

Als Auftakt des 13. Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird sich die gewerkschaftlich organisierte Jugend der nordischen Wasserlande in der Welt Handelsstadt Hamburg ein großes Treffen geben. Aus vielen Teilen des Reiches laufen schon jetzt Anmeldungen ein, so daß in Hamburg eine gewaltige Heerschar jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Aufmarsch halten wird. Die Hamburger Gewerkschaftsjugend ist ob dieser Veranstaltung hoch erfreut und wird mit viel Fleiß und Mühe alle Vorbereitungen treffen und durchführen helfen, den Tausenden auswärtigen jungen Gästen einen ergebnisreichen Aufenthalt zu ermöglichen. Dieses Treffen will Zeugnis ablegen von der Begeisterung organisierter Jugend für die Ideale und für den Kampf der Gewerkschaftsbewegung. Entsprechend werden die Veranstaltungen in aller Kürze abgewickelt und durch die Wucht der großen Teilnehmerzahl, den Plaggen- und Wimpelschmuck, gemeinsamen Gesang und weithin klingender Musik für alle eine unvergeßliche Erinnerung bleiben.

Wie die Berliner, Frankfurter und Rheinland-Jugend schon heute eifrig für die Hamburgfahrt rüstet, so möge überall die Werbetrommel für eine starke Beteiligung nach Hamburg gerührt werden. Abgesehen von dem Fahrgehalt, wofür die übliche Fahrpreismäßigung in Anspruch genommen werden muß, zahlen die Teilnehmer für ihren Aufenthalt in Hamburg 1,50 M. Festbetrag.

An Gesamtveranstaltungen werden durchgeführt:
Sonntag, 1. September, abends 9 Uhr: Begrüßungsfeier und Fackelzug der Hamburger Gewerkschaftsjugend.

Sonntag, 2. September, 6 Uhr: Großes Becken. 7½ Uhr: Abmarsch zu den künstlerischen Morgenfeiern. 10 Uhr: Empfang der Jugendführer durch den Senat. 10.30 Uhr: Jugendkundgebung vor dem Rathaus.

Außerdem finden statt: Führungen und Besichtigungen, Hafenrundfahrten und Besuch von Ozeandampfern, Festvorstellungen im Deutschen Schauspielhaus und Hamburger Stadttheater, sportliche Wettkämpfe.

Durch den 11. Bezirk des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hamburg, Besenbinderhof 57, 4. Et., Zimmer 55, werden gegen Uebernahme der Transportkosten unentgeltlich Lichtbildervorträge über Hamburg und ein Film „Der Hamburger Hafen“ (Spieldauer 1¼ Stunde) zur Verfügung gestellt. Anmeldungen dafür jetzt erforderlich.

Alle Kreise, insbesondere die Jugendleiter unserer Gewerkschaftsbewegung werden gebeten, für eine möglichst weitverbreitete Bekanntgabe dieser Mitteilung Sorge zu tragen und überall die Hamburgfahrtruppe zusammenzustellen.

Industrialisierung und Fabrikhygiene.

Von Dr. med. Georg Wolff.
(3. Fortsetzung.)

II.
Hygiene der Fabrikanlage: Beseitigung der Abgase und Abwässer; Feuer- und Vöschvorrichtungen; Beleuchtung, Heizung, Lüftung, Wasch- und Aborteinrichtungen.

Für die Beleuchtung in Betrieben, die infolge ihrer Eigenart besonders feuergefährlich sind (Bergwerke, Sprengstoff-, Zellulosefabriken usw.), sind besondere Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen. Im allgemeinen ist daran festzuhalten, daß durch gute Beleuchtung die

Sicherheit der Arbeitsleistung und damit der Arbeitsertrag wächst, daß also auch hier gute technische Einrichtungen arbeits- und gesundheitsfördernd zugleich wirken.

Die Heizung der Arbeitsräume muß je nach dem Betriebe individualisiert werden. Arbeiten, die mit großer Muskel-tätigkeit und -bewegung verbunden sind, erfordern weniger Beheizung der Arbeitsräume als solche Tätigkeiten, die vorwiegend sitzend oder stehend ausgeübt werden. Darum müssen Bureauräume, Arbeitsstuben für Rührerinnen, Stickerinnen, Spinnereibetriebe, Werkstätten für Feinmechanik und dergleichen höher beheizt werden als Betriebe, in denen grobe Arbeit geleistet oder an sich schon Wärme durch den Produktionsprozeß geliefert wird. Da Dampfheizung am leichtesten über ausgedehnte Werkräume geleitet werden kann, der Abdampf in Fabriken überdies vielfach billig zur Verfügung steht, wird diese Form der Zentralheizung in allen größeren Betrieben, Bureauräumen, Behörden heute am meisten bevorzugt; es soll aber nicht verschwiegen werden, daß die Dampfheizung (Kachelöfen), die allerdings umständlicher und zeitraubender ist, aber eine gleichmäßige Erwärmung ohne zu große Austrocknung der Luft ermöglicht und daher nicht so leicht zu Katarhen der Atmungsorgane führt, mancherlei Vorzüge hat.

Der Lüftung solcher Räume, in denen dauernd eine größere Zahl von Menschen untergebracht ist, seien es Fabrik- oder Bureauräume, ist auch dann Aufmerksamkeit zu schenken, wenn die Räume nicht durch Fabriktaub oder giftige Dämpfe noch besonders verunreinigt sind; letztere sind durch besondere Ventilationseinrichtungen am Entfaltungsort selbst abzusaugen. Aber auch das normale Bedürfnis nach frischer Luft ist so groß, daß eine planmäßige, mehrmalige Lufterneuerung am Tage durch Klappenfenster oder besser elektrisch betriebene Ventilatoren möglich sein muß. Bei der Lüftung ist darauf Bedacht zu nehmen, daß keine zu starke Zugluft entsteht, auf deren Einwirkung manche Menschen leicht mit rheumatischen Beschwerden reagieren.

In manchen Werkstätten wird eine Befestigung der Luft erforderlich, so namentlich in Spinnereien, in denen trockene Textilfasern versponnen werden und die Luft dadurch oft stark ausgetrocknet wird; auch die Zentralheizung kann schon an sich eine erhebliche Austrocknung der Luft herbeiführen. In anderen Betrieben, namentlich Lumbereuten, Gärstellern, Brennereien, Färbereien, Wäschereien und überhaupt in solchen, in denen größere Mengen Flüssigkeit abgedampft werden, wird die Luft für einen dauernden Aufenthalt leicht zu feucht und erschwert die Wärmeregulation. Es ist bekannt genug, daß gerade feuchte Luft, feuchte Wärme das Wohlbefinden in hohem Maße stört und auch für die Atmungsorgane nicht gleichgültig ist, insbesondere zu Erkältungsrantheiten disponiert. Es ist nicht immer ganz leicht, diesem Uebelstande durch geeignete technische Maßnahmen abzuhelfen, da die Feuchtigkeit meist durch den Arbeitsprozeß selbst bedingt ist, in anderen himmelerum zur Verhütung von Explosionen (Kohlenbergwerke) erforderlich ist.

Ausreichende Wasch- und Aborteinrichtungen gehören ebenfalls zur Fabrikhygiene; auf zwanzig Personen mindestens ein Abort. Die Waschräume müssen möglichst mit fließendem Wasser versehen sein, damit am Wasser nicht gepart wird; ebenso sollen für jeden einzelnen Arbeiter und Angestellten Handtuch, Seife und Bürste vorhanden sein. In modernen Fabriken ist meist auch Badegelegenheit geschaffen. Daß in Betrieben, in denen mit gesundheitsgefährlichen Stoffen gearbeitet wird, für ausreichende Wasch- und Badegelegenheit gesorgt ist, verlangt schon die Gewerbeinspektion als eine selbstverständliche Forderung der Hygiene.

Also nicht! Er hatte keinen Preis bekommen, kein Geld verdient, das war das Ende. Halb mechanisch öffnete er die Rolle und entfaltete das knisternde, starke Papier; ein Brief fiel heraus, eine gedruckte Mitteilung der Firma, in der sie nach beendeter Preisverteilung den Einfindern dankte, und so weiter, dann wurden die Namen der Preisgeordneten genannt, seiner war nicht dabei. Er sah das Blatt an — was war denn das? Das war ja gar nicht das seine; man mußte es verwechselte haben; hier stand ein süß lächelndes Mädchen mit blondem Kopf und Orchesterfäse und hob mit zierlichen Fingern einen schäumenden Kelch. Wie schrecklich schön ist das, dachte er trotz seiner traurigen Stimmung. Nun, es war ja gleich, mochte sein Blatt in die Hände dieses Mädchenverfertigers oder sonstwem gelangen; er war am Ende.

Er warf die Rolle in eine Ecke und ging mit leisen Schritten in die Stube des Photographen, wo er rasch die Kiste unter dem Bett hervorholte und das rote Häschchen herausnahm, ebenso schnell brachte er alles in Ordnung und kehrte in sein Zimmer zurück. — So, nun war er fertig.

Er hatte den Gedanken des Sterbens in den letzten Tagen so oft in seiner Seele bewegt, daß ihm jetzt alles, was er tat, wie selbstverständlich erschien.

Er überlegte: Hatte er noch jemandem zu schreiben, irgendeinen Abschied zu hinterlassen? — Ja, seiner Wirtin wollte er sagen, daß es ihm leid tate, daß er ihr solche Scherereien machte und ohne zu bezahlen forstingte, sie sollte nicht im bösen an ihn denken.

Das schrieb er mit ein paar einfachen Worten auf einen Zettel und legte ihn auf den Tisch. Dann schüttete er ein wenig weißes Pulver aus dem Päckchen in das Wasserglas. Er trat noch einmal an das Fenster, sein Blick fiel auf den Thornsweig. Er dachte daran, wie er als Kind mit seinen Spielkameraden unter den breiten Ästen seiner

heimatlichen Kleinstadt herumgetollt, wie sie sich die Früchte des Ahorns als Belohnung auf die Nase geklebt hatten und stolz auf diese merkwürdige Verzierung gewesen waren; du lieber Gott, wie hatte er damals froh lachen und lachen können! — Das hatte dann die Not und Sorge in ihm erstickt, bis es soweit mit ihm gekommen war — er spürte Tränen aufsteigen, rasch wandte er sich um, griff nach dem Glase und schloß die Augen. —

Der Mond, der ein Winternacht über dem Hofe stand, sandte ein paar gelbe Strahlen in das kleine Zimmer und traf gerade den toten Körper des jungen Malers, der vom Leben so müde geworden war, weil er nicht genug zu essen hatte, der still aus der Welt gegangen war, weil er keinen Menschen wußte, der ihm half. —

4.
Am anderen Morgen rannte die Wirtin, die ihn auf dem Sofa liegend gefunden hatte, zu dem Arzt ins Nebenhaus und erzählte schluchzend und jammern, was geschehen war. Der Arzt kam mit und ging bald wieder, was sollte er hier noch? Die Frau setzte sich ihre schwarze Haube auf und ging zum Polizeibureau, um dort Mitteilung zu machen. Auf der Treppe traf sie eine Nachbarin und erzählte ihr das Unglück: „Ne, Frau Lehmann, der er det letan hat, wo ist ihm doch nie'n böst Wort kessen habe, vonwegen Miete oder so; wenn er man bloß wat jelsat hätte, denn hätte id ihm doch helfen können!“

Und so hatte Titus Konacher doch einen Menschen zurückgelassen, der um ihn weinte. —

Alles war vorüber, die Leiche war abgeholt und beerdigt worden, die Poliziisten klingen nicht mehr an Frau Müllers Tür und trampelten mit wichtigen Amtsmienen in der kleinen Stube umher; alles war wie früher, und Titus Konacher hungerte nicht mehr.

Da kam ein paar Tage später der Postbote und brachte einen eingeschriebenen Brief an den Maler; unter neuen

Tränen sah die Wirtin zu, wie der Briefträger an seinem Bleistift leckte und auf den Umschlag schrieb: „Zurück, Adressat verstorben.“

Dieser Brief gelangte in das Bureau der Brauerei, die ihn geschrieben hatte; der Direktor sah gerade an seinem Post, als man ihm den Brief brachte.

Kopfschüttelnd öffnete er ihn und las die Zeilen wieder, die er erst gestern selbst einem Kontorfräulein diktiert hatte: „Herrn Titus Konacher, Kunstmalers, Berlin. Infolge einer bedauerlichen Veranlassung wurde Ihr Blatt mit dem Namen eines anderen Einfinders zusammengebracht; wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß die Jury Ihrer Arbeit den ersten Preis von 1500 Mark zugeteilt hat; der Erfolg ist bei dem großen Wettbewerb um so schöner, als der Preis Ihnen einstimmig zuerkannt wurde. Wir bitten Sie nochmals, das Verbleiben zu entschuldigen; die Summe von 1500 Mark liegt an unserer Kasse zu Ihrer Verfügung. Hochachtung! Die Direktion.“

Und immer noch mit dem Kopfe schüttelnd sah er auf die Bleistiftspitze des Umschlages: „Adressat verstorben.“ —

Endlich sagte er vor sich hin: „Donnerwetter, der hat aber Pech gehabt!“ und wandte sich seiner Arbeit zu. —

Nach einigen Wochen sah man überall, an allen Aufschlagläuten, in allen Eisenbahnhöfen und Omnibusen ein Blatt, auf dem ein verklämpt aussehender Junge seinem Meister das Bier vortrug.

Die Leute lachten und zeigten respektvoll auf die kleine Schriftzeile am unteren Rande des Blattes: „Erster Preis aus dem großen Wettbewerb der Cerevisia-Brauerei, Entwurf von Titus Konacher.“

Und die Leute sagten: „Als Achtung, der Mafer mit dem tomsischen Namen muß aber ein schönes Stück Geld dafür bekommen haben.“

Und keiner von ihnen wußte, daß der Maler mit dem tomsischen Namen in ein besseres Jenseits gegangen war, wo es keine Wettbewerbe und keinen Hunger gab.

Gautag in Darmstadt.

Im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses zu Darmstadt fand am Sonntag, dem 13. Mai, die Tagung des Gauess Frankfurt-Hessen statt. Vertreten waren: der Hauptvorstand durch den 2. Vorsitzenden E. Hornke, ferner die Zahlstellen Frankfurt a. M., Darmstadt, Kassel, Mainz, Offenbach, Gießen, Hanau, Steinheim a. M., Worms, Wiesbaden, Bingen und der Gauvorstand mit zusammen 26 Delegierten; als Gast Kollege Bolkart vom Verband der Deutschen Buchdrucker.

Der Gauleiter Kalb-Frankfurt eröffnete vormittags 10 Uhr die Tagung. In herzlichen Worten begrüßte er die erschienenen Zahlstellenvorstände, Delegierten und Gäste. Der Zahlstelle Darmstadt, als der ältesten im Gau, dankte er besonders für den schönen Empfang, anerkannte ihre vorbildliche Gewerkschaftsarbeit, die seit ihrer Gründung vor 22 Jahren unter Vorsitz des Kollegen Menges bis heute geleistet wurde. Nachdem Kalb noch der Ortsverwaltung des Deutschen Buchdruckerverbandes und dem Hauptvorstand gedankt und der Hoffnung auf gedeihliche Arbeit der heutigen Konferenz Ausdruck gegeben, entledigten sich ihrer Wünsche zum Nutzen unseres Verbandes und des gesamten Proletariats dieser Tagung vollsten Erfolg.

Die Bureauwahl bestellte die Kollegen Kalb und Menges als Vorsitzende und Hüttig als Schriftführer. Zur Urwahl als Delegierte für den Verbandstag in Köln wurden die Kollegen Müller-Mainz, Menges-Darmstadt, Unger-Offenbach, Schulz-Hanau, Steinmüller-Gießen und Lengemann-Kassel in Vorschlag gebracht.

Der Gauleiter Kalb konnte sich in seinem Geschäftsbericht im allgemeinen kurz fassen, da er in einer vor einiger Zeit stattgefundenen außerordentlichen Vorstandskonferenz dieses Kapitel genügend erschöpft hatte. Die Mitgliederbewegung schließt mit einer Zunahme von 190, woraus sich erfolgreiche Arbeit im Gau ableiten läßt. Zur Tarif- und Lohnpolitik der Unternehmer, die in der Parole „Los vom Tarif“ gipfelt, findet er bezeichnende Worte und stellt demgegenüber fest, daß unsere Gegenmaßnahmen immer wirkungsvoll waren und noch intensiver gestaltet werden müssen. Unsere Vertreter haben in dieser Richtung alle Hände voll zu tun. In diesem Zusammenhang wird die Frage „Freier oder Zwangstarifvertrag“ ventiliert und offen gelassen. Allgemeine Schwierigkeiten und die große Arbeitslosigkeit im Gewerbe finden ebenfalls Erwähnung. Wenn nun, so fährt der Redner fort, in Anbetracht der anstrengenden Arbeit und schwierigen Lage im Gewerbe aus den Zahlstellen Stimmen auf Umstellung oder Rücktritt in der Verwaltung laut werden, so sei dies im Interesse der Organisation nicht geboten. Jeder Funktionär müsse Idealismus besitzen und seine Kraft und Fähigkeiten Gemeinut werden lassen. Die Ermahnung „Vorwärts für Kollegialität und Solidarität“ beschließt die Ausführungen des Gauleiters.

Der Kassenbericht, der die Bestätigung der Revisoren fand, schließt mit einem Bestand von 2141,75 M. gegenüber 1633,80 M. im Vorjahre.

In der regen Aussprache standen alle Zahlstellenvorstände und Delegierten, nach Darlegung ihrer örtlichen Verhältnisse, hinter den Ausführungen des Gauleiters. Sie gelobten sich, fürderhin alles daran zu setzen, das Wohl der gesamten Arbeiterschaft und die Ziele der Organisation zu erreichen.

Zeitpunkt und Ort des nächsten Gautages zu bestimmen, wurde dem Gauvorstand überlassen.

Die Nachmittags-sitzung begann mit dem Referat des 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hornke über „Aufgaben des Verbandstages“. Es sei vorweg genommen, die Ausführungen Hornkes fallen allen Funktionären ein Ansporn für den Ausbau und die Festhaltung der Organisation sein. Aus diesem ausführlichen Referat wird folgendes besonders hervorgehoben: „Zweck dieses Verbandstages wird es sein, die Aufbauarbeit des „Hamburger“ fortzuführen. Das rege Interesse der Mitgliedschaften hieran, spricht aus den gestellten Anträgen. Der Verbandstag wird zu unteruchen haben, ob die Fundamente der Organisation stark genug sind, allen Anträgen gerecht zu werden. Es wird ohne weiteres zugegeben, daß sämtliche Unterstützungen erweitert werden müssen, vor allem die Streitunterstützung, die dem heutigen „Zug der Zeit“ zufolge am meisten beansprucht werden dürfte. Obwohl es ein Experiment für uns bedeutet, glaubt er, daß auch die beantragte Invalidentunterstützung ihre Regelung erfährt. Redner behandelt die Arbeiten der Verwaltungsreform-Kommission des ADGB, der er nicht in allen Teilen zustimmen kann. Jedenfalls fallen unsere Unterstüßungseinrichtungen nicht aus dem Rahmen des vom ADGB geforderten heraus. Redner glaubt festlegen zu müssen, daß bei den Beratungen des Vorhergesagten unbedingte Vorsicht geboten ist, wenn unsere Finanzkraft, der Kampffonds und die Mitgliederzahl als Wachstumschance gegenüber dem Unternehmertum trotz bieten soll. Auch bei den Reichsbehörden hat in dieser Beziehung unser Ansehen Geltung gehabt, was auch keinesfalls untergraben werden dürfte. Die vielen Hinweise und Anregungen, die Hornke noch gab, brachte den Anwesenden vollste Befriedigung und wäre nur zu wünschen, daß diese Ausführungen der Kollegenschaft allgemein zu Ohren kämen. Die Hoffnung, daß der Kölner Verbandstag das Beste im Interesse unserer gesamten

Organisation zeitigt, läßt den Referenten zum Schluß kommen.

Die Diskussion, die von den verschiedenen Zahlstellenvertretern bestritten wird, bepricht das Für und Wider der im Gewicht fallenden Anträge und legt sich der Hoffnung Horakes hingebend, alles in die Hand des Verbandstages unter besonderer Beauftragung ihrer Delegierten, als würdige Vertreter ihres Gauess zu wirken.

Eine Beschlusfassung über Fragen und Anträge interner Natur, den Gau betreffend, führt die Tagung gegen 17 Uhr zu Ende.

Mariante Schlußworte sowie Dankagung an alle durch den Gauleiter Kalb lassen die Teilnehmer mit einem Hoch auf den Verband unter der Befriedigung voneinander trennen, erspriehliche Arbeit im Sinne des Aufstiegs der graphischen Arbeiterschaft und des gesamten Proletariats geleistet zu haben.

Rundschau.

Kollege Anton Kalb 25 Jahre Gauleiter. Unser im ganzen Verbandsgebiet gut bekannter Gauleiter Kollege Kalb feiert am 3. Juni d. J. sein 25jähriges Jubiläum als Gauleiter. Sein besonderes Tätigkeitsgebiet war immer der Gau 2 (Hessen-Nassau), aber auch darüber hinaus hat er sich um unsere Organisation verdient gemacht. Als er im Jahre 1903 ehrenamtlich die Leitung des Gaubezirkes Hessen übernahm, ahnte er wohl nicht, daß die Mitglieder seine Arbeitskraft für Jahrzehnte in Anspruch nehmen würden. Die Folgezeit hat es aber bewiesen, daß Kollege Kalb der richtige Mann am richtigen Platz war. Verbandsvorstand und Mitglieder seines Verwaltungsbezirks hatten mit seiner Wahl das Richtige getroffen. Fest umrissen wurde sein Tätigkeitsfeld dann im Jahre 1908 mit der engültigen Einteilung der Gauess auf dem Verbandstag in Würden, wodurch seine Anstellung nötig wurde. Treu und fleißig hat er in seinem Kreis für den Verband gearbeitet, er darf heute zufrieden auf den Erfolg seiner Tätigkeit zurückblicken. Wenn Not an Mann war, mußte Kollege Kalb oft einspringen, im Gau Rheinland-Westfalen hat er, als der Verbandsorganist ihn rief, noch vor dem Kollegen Bell Rustergeleitete geleistet, ohne seine Arbeit in Hessen-Nassau zu vernachlässigen. Es waren damals nach dem Kriege schwere, arbeitsreiche Zeiten für jeden Funktionär, Kollege Kalb hat, wie letzten einer, sie trefflich genügt.

Als alter Praktiker wurde er zu allen Tarifverhandlungen berufen, er hat mit den Unternehmern auch dort manche Künge getreut. Auf den Verbandstagen, bei Gauleiterkonferenzen fand sein Wort Beachtung und Anerkennung. Als Mensch hat er viele Freunde, die ihn schätzen. Seine humorvolle, fernere Art, sein herzlich kollegiales Auftreten und sein gemüßigter Charakter machen ihn zu einer Persönlichkeit, die bei den Mitgliedern geschätzt wird. Wir wünschen dem Kollegen Kalb, der im letzten Jahr gesundheitslich nicht gut bestellt war, vor allem eine gute Genesung, die ihn in die Lage versetzt, weiter so erfolgreich wie bisher für den Verband tätig zu sein. Unser Wunsch kann wohl als selbstsüchtig angesehen werden, wir wissen aber, daß er selbst ohne diese Tätigkeit, die ihm Herzenssache ist, gar nicht auskommen kann. Wir danken ihm auch für seine Treue und Hingabe und sind sicher, daß alle Mitglieder seines Gauess und darüber hinaus sich uns anschließen. Das Schönste, was wir uns in einem arbeitsreichen Leben wünschen können, Dank und Anerkennung, wird dem Kollegen Kalb in vollem Maße zu teil. Wir freuen uns mit ihm an seinem Jubeltage, Tausende feiern diesen Tag, den sich Kollege Kalb voll und ehrlich verdient hat.

Die erste Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beginnt demnächst in Bernau bei Berlin mit dem Bau seiner ersten Bundeschule. Diese Schule gibt den Kurzen der dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften eine Heimstätte. Es handelt sich vornehmlich um Einführungskurse von vierwöchiger Dauer für die ehrenamtlichen Helfer und Mitarbeiter sowie für Betriebsräte. Einige Hauptdisziplinen (Volkswirtschaft, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen) werden von hauptamtlichen, in der Schule wohnenden Lehrern unterrichtet. Die aus den Besonderheiten der Betriebe, der Betriebe, erwachsenden Materien behandeln als Gastlehrer hauptsächlich Mitglieder der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften. Weiter ist an die Belehrung über Berufsgefahren, Berufsstrantheiten und Unfallschutz gedacht. Der Betriebswirtschaftslehre, wie überhaupt den technischen und sozialen Lebensfragen des Betriebes wird besonderer Wert zugemessen werden. Fortgeschrittenkurse von längerer Dauer in Form von Speziallehrgängen, in denen die Schüler sich für bestimmte Aufgabengebiete gründlicher vorbereiten können, sind gleichfalls in Aussicht genommen.

Die Schule ist ein Internat und kann 120 Personen aufnehmen. Die Besucher der Schule wohnen und arbeiten in einfachen aber wohnlich und harmonisch eingerichteten Einzelzimmern für je zwei Personen. Zurzeit sind die Beratungen über die endgültige Ausführung im Gange, mit dem Bau wird in wenigen Wochen begonnen werden.

Glänzende Entwicklung des Lindcar-Fahrradwerks. Das Lindcar-Fahrradwerk gehört bekanntlich den freien Gewerkschaften und der Arbeiterbank. Der jetzt vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 1927 zeigt, welche glänzende Entwicklung das Werk im abgelaufenen Geschäftsjahre zu nehmen vermochte. Im letzten Jahre wurden 26 000 Fahrräder abgesetzt, während der Absatz im Jahre 1926 nur 16 000 betrug. In dem jetzt laufenden Geschäftsjahre zeigt sich diese günstige Entwicklung fort. Bis Ende Mai dieses Jahres wurden bereits soviel Räder wie im Jahre 1927 abgesetzt. Das Werk errichtete Fabrikniederlagen in Berlin, Breslau, Hannover, Magdeburg, Bremen, Bochum und München, außerdem an 25 Orten Verkaufsstellen. Diese Fabrikniederlagen können fast alle über ein sehr günstiges Geschäft berichten. Das Werk arbeitet gegenwärtig mit einer Belegschaft von 400 Mann und vermag täglich 600 Fahrräder zu erzeugen. Man hofft weitere Arbeiter einstellen zu können. Es wurde im verfloßenen Jahre ein Rohvermögen von 2,16 Mill. M. erzielt. Für Abschreibungen wurden 77 800 gegen 61 300 M. im Vorjahre vermindert. Der Reinüberschuß stieg von 22 861 auf 81 293 M. Der Referatfonds wurde auf 60 000 M. erhöht.

Alles in allem eine sehr günstige Entwicklung dieses jungen Unternehmens der Arbeiterbewegung. Sie zeugt nicht nur für eine gute Leitung des Wertes, sondern auch für die hervorragende Qualität der Produkte. Denn nur hochwertige Produkte vermögen sich in dem harten Konkurrenzkampf auf dem Fahrradmarkt durchzusetzen. Es ist auch ferner notwendig, daß die Arbeiterschaft Lindcar-Fahrräder kaufen. Dies um so mehr, als sie für ihr Geld ein wirklich gutes Erzeugnis erhält.

Eine turiose Wirtschaft. Im wirtschaftlichen Leben ereignen sich doch mitunter ganz eigenartige Dinge. Von der letzten Zeit gibt dies namentlich in den Erhöhungen der Urprodukte Kohle und Eisen. Die Preise wurden erhöht, um den Inlandsmarkt dafür zu belasten, weil die Produkte in Auslande zu günstigeren Konkurrenzbedingungen d. h. billiger, abgesetzt werden sollten. Man geht dabei von Voraussetzungen aus, die noch lange nicht bewiesen sind. Im Heft Nr. 19 des „Magazin der Wirtschaft“ befaßt sich der bekannte Schriftsteller Georg Bernhard mit der Erhöhung der Kohlenpreise. Dabei führt er folgendes aus:

„Eine turiose Wirtschaft führen wir in Deutschland! Man rechnet aus und bestätigt es durch Nachprüfung einer Kommission, daß ein wichtiger Zweig der deutschen Volkswirtschaft, wie der Steinkohlenbergbau, dauernd mit Verlust arbeitet. Man erhöht dann die Preise, um diesen Verlust wettzumachen, und hat nunmehr die Veruhigung, daß im Steinkohlenbergbau Tausende von Händen über und unter Tag in Bewegung gesetzt werden ohne daß das im Grunde genommen rentabel ist. Wenn man das glauben wollte, so würde die ganze Ordnung, die einer solchen Wirtschaft zugrunde liegt, so unsinnig sein, daß man sich doch ernstlich mit der Frage befaßen müßte, ob man die Dinge so weiterlaufen lassen kann, oder ob hier nicht einmal sehr entscheidende Remedur zu schaffen wäre!“

Sprachkurse. Anfang Juni beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Sommerlehrgänge (Abendkurse) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Deutsche Rechtschreibung und Sprachlehre“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzgelehrte, Sprachlehre, Fremdwörterkunde, „mir oder mich“; grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Deckung der Unkosten wird ein monatlicher Beitrag von 4 M. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich 2 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule Berlin W 57, Zietenstr. 6a.

Abrechnungen.

Abrechnungen von 4. Quartal sind eingegangen aus Gau 1 (Köln) und Gau 4 (München). Selbstebungen hat die Verbandskasse erhalten aus München 10 401,26 M. und vom Gau 1 aus Köln 17 926,65 M.
Berlin, 26. Mai 1928. S. Loda hl.

Für die Woche vom 27. Mai bis 2. Juni ist die Beitragsmarke für das 22. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

1903 25 1928

Am 3. Juni 1928 blüht der Kollege

Anton Kalb

auf seine 25jährige Gauleitertätigkeit zurück.

Seit dem Jahre 1903 steht er dem Gau II Frankfurt-Hessen vor. Sein unermüßliches Schaffen und Wirken brachte trotz schlechtester beruflicher Verhältnisse den Gau auf die Höhe. Mit ganzer Kraft, mit Geduld und Umsicht, unter Hintanstellung seiner Person, hat er bei Tarifbewegungen und Streiks, in dem stets schwandenden Wirtschaftsleben das Äußerste für die Kollegenschaft im Gau.

An seinem Jubeltage sei ihm für die in selbstloser Weise und treuer Pflichterfüllung geleistete Arbeit aufrichtigster Dank ausgesprochen.

Es ist der Wunsch aller, daß der Kollege Kalb noch möglichst lange, frisch und gesund, seine Kraft in den Dienst unserer Organisation stellen kann, treu seinem Kernspruch: „Vorwärts immer — rückwärts nimmer!“

Die Mitgliedschaften des Gauess II

Unsern lieben Kollegen

Otto Obermeier

(Firma Wiemeg & Sohn A. G.)

zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Draunschwieg

STERBETAFEL

Den Mitgliedern zur Kenntnis daß die Kollegin

Olga Walzak

in Firma Adolf Bauer

plötzlich nach kurzer schwerer Erkrankung verstorben ist. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Mitgliedschaft Dresden.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schultze Charlottenburg, Weertheidstraße 16. Fernruf: Am Weiland 1328. - Verlag: S. Loda hl, Charlottenburg. - Druck: Borntrichs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.